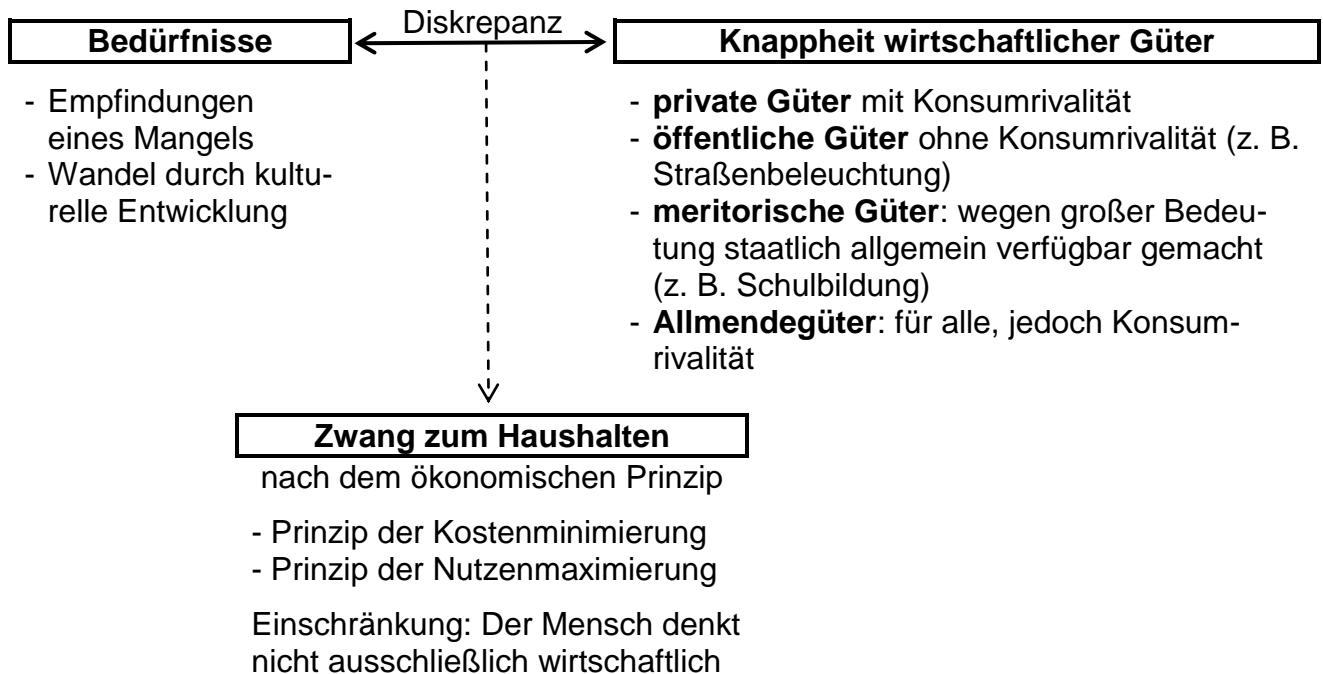


# Wirtschaftsordnungen

## Grundlagen von Wirtschaft

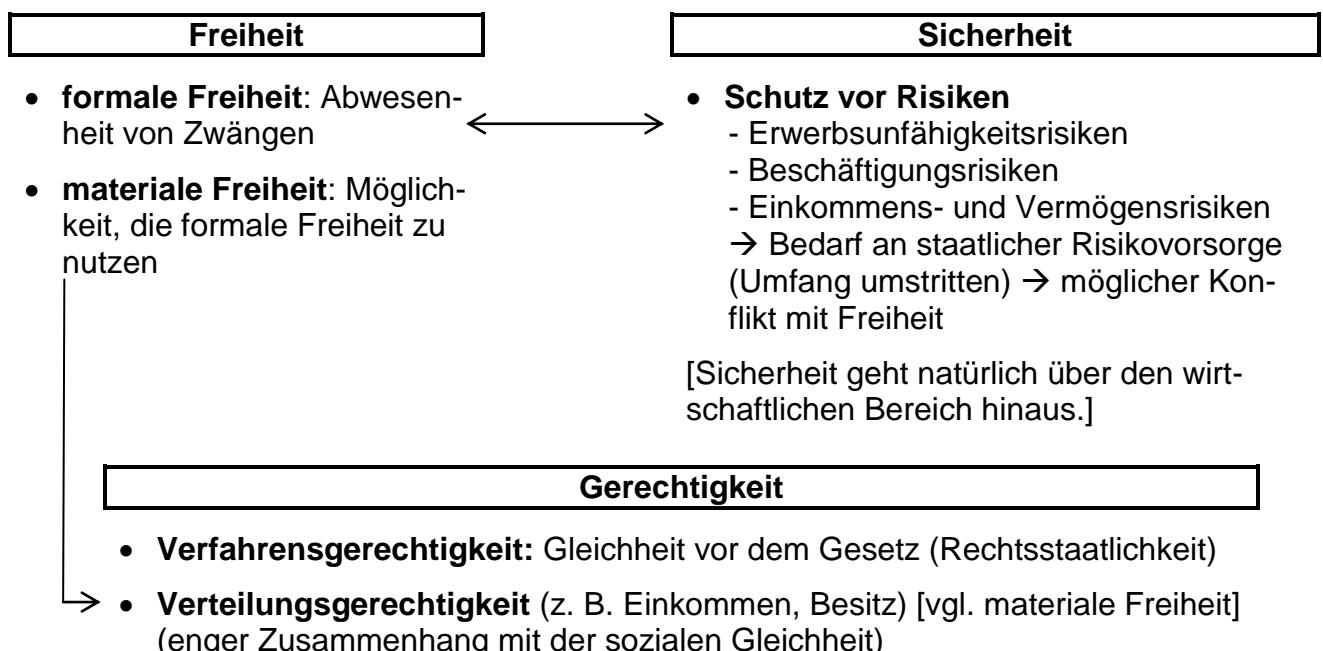
### ■ wirtschaftliches Handeln



### ■ Grundlagen von Lenkungsmodellen

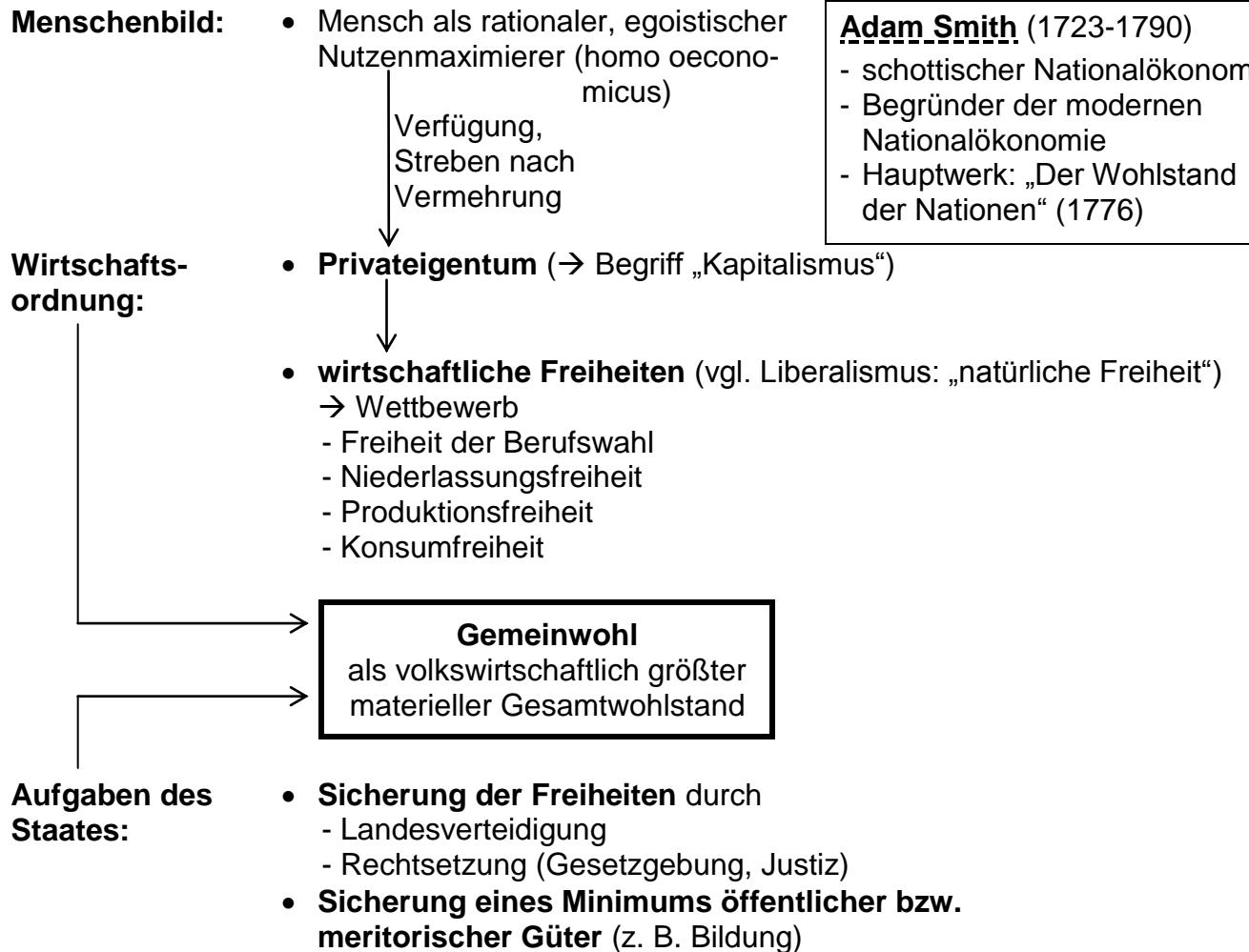
- **Arbeitsteilung** → zwar wachsende Produktivität  
→ aber Entstehung von Abhängigkeiten  
↓
- **Lenkungssystem** soll Probleme lösen
  - Verwendung der knappen Mittel (Allokation)
  - Produktion
  - Verteilung
  - Verbrauch

### ■ Gesellschaftliche Grundwerte als Voraussetzungen für Wirtschaft



# Die freie Marktwirtschaft

## ■ Konzept der freien Marktwirtschaft nach Adam Smith (18. Jh.)



**Insgesamt:** Streben nach **Gewinnmaximierung** → unbeabsichtigte Förderung des Gemeinwohls

### Liberalismus

- politische Strömung, hervorgegangen aus der **Aufklärung**
- Streben nach **Freiheit** und Selbstbestimmung des Individuums – gegen Bevormundung des Staates
- Anerkennung der **Menschenrechte**
- Durchsetzung des **parlamentarischen Systems**
- **Gewaltenteilung** gegen Missbrauch der Staatsgewalt
- **freie Marktwirtschaft** ohne staatliche Bevormundung und gesellschaftliche Schranken (Laissez-faire-Prinzip) – somit **Gegenteil zum Merkantilismus** (= staatsdirigistisches Wirtschaftssystem des Absolutismus zur Erhöhung der Staatseinnahmen mittels Erzielung eines Außenhandelsüberschusses)

## ■ soziale und politische Grenzen der freien Marktwirtschaft

- **soziale Blindheit** des Marktes → Versorgung derjenigen, die nicht am Markt teilnehmen können (z. B. Kinder, Kranke, Alte) durch Sozialpolitik
- **Tendenz zur Monopol- bzw. Oligopolbildung**
- **Konjunkturschwankungen, Wirtschaftskrisen**
- **öffentliche Güter:** kein Markt → Bereitstellung durch die Politik

# Die Zentralverwaltungswirtschaft (Planwirtschaft)

## ■ Zentralverwaltungswirtschaft als Idealtypus

- **Zentralbehörde** für die Kontrolle über die **Produktion**
- **Zentralbehörde** für die **Verteilung** von Gütern und Dienstleistungen
- Erstellung eines **Wirtschaftsplans** über Anzahl, Art und Preis der Produkte
- staatliche Festsetzung der **Preise**
- **kein Privateigentum** an Produktionsmitteln (jedoch Privat-eigentum an Konsumgütern) [Produktionsmittel = Fabriken, Maschinen, Werkzeuge ...]
- theoretische **Vorteile**
  - Vermeidung unternehmerischen Risikos (Ausschaltung von Konkurrenz)
  - Vermeidung von Beschäftigungsrisiken (Arbeitslosigkeit)
  - optimale Versorgung der gesamten Bevölkerung, auch der sozial Schwachen → Ziel der Egalität
  - Fehlen störender Konjunkturzyklen

} **öffentlicher (nicht privater) Charakter wirtschaftlicher Belange (zentrale Planung – egalitäre Zielsetzung)**

### Idealtypus und Realtypus

- **Idealtypus:** theoretische Vorstellung (Gedankenbild) eines Konstrukt – Reduzierung auf wenige Merkmale (Begriff von Max Weber)
- **Realtypus:** tatsächliche Ausgestaltung eines Konstrukt

## ■ Zentralverwaltungswirtschaft als Realtypus (Beispiel DDR)

- **Überforderung der Verwaltung** (Informationsdefizite der Planungs-behörde über Fähigkeiten und Bedürfnisse der Individuen) → Verschwendungen von Ressourcen (Fehlinvestitionen) und Arbeitskraft, Hemmung der wirtschaftlichen Produktivität → Versorgungskrise
- **unwirtschaftliche Subvention** billig gehaltener Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnung)
  - Überteuerung anderer Produkte (z. B. technische Geräte, Luxus)
  - Verschuldung im Ausland, Devisenbedarf für Importe
- **geringe Flexibilität** → Beeinträchtigung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen
- **fehlende Leistungsanreize**

} **Ineffizienz**

## Vergleich der Wirtschaftssysteme (Idealtypen): freie Marktwirtschaft – Zentralverwaltungswirtschaft

	Freie Marktwirtschaft	Zentralverwaltungswirtschaft
<b>MENSCHENBILD</b>	Mensch als rationaler, egoistischer Nutzenmaximierer mit subjektiven Bedürfnissen; Antrieb durch Wettbewerb	Mensch mit konstanter, objektiv feststellbarer Bedürfnisstruktur; Wettbewerb unnötig
<b>KOORDINATIONSMECHANISMUS (WIRTSCHAFTSLENKUNG)</b>	dezentrale Planung mit unabhängigen Akteuren auf dem Markt	zentrale Planung mit administrativer Wirtschaftsführung
<b>VERTRAGSVERHÄLTNISSE</b>	Vertragsfreiheit	Vertragsunfreiheit
<b>EIGENTUMSORDNUNG</b>	Eigentumsfreiheit; Privateigentum an Produktionsmitteln (= Kapital)  → kapitalistisches Wirtschaftssystem	kein Privatbesitz, sondern gesellschaftliches Eigentum [Kollektiveigentum] (Staatseigentum und genossenschaftliches Eigentum) an Produktionsmitteln  → sozialistisches Wirtschaftssystem
<b>PRODUKTIONSZIELE</b>	Gewinnmaximierung	Planerfüllung
<b>VERTEILUNGSPRINZIPIEN</b>	nach materieller Ausstattung	nach politischem Willen (Ziel der Egalität)
<b>PREISBILDUNG</b>	Festsetzung durch Verhältnis von Angebot und Nachfrage	Festsetzung durch die zentrale Planungsbehörde
<b>LOHNBILDUNG</b>	Festsetzung durch Tarifpartner	Festsetzung durch die zentrale Planungsbehörde
<b>PRINZIPIEN</b>	Leistung	soziale Gleichheit
<b>GRENZEN DES SYSTEMS</b>	soziale Blindheit Gefahr der Monopolbildung Wirtschaftskrisen	Ineffizienz - Überforderung der Verwaltung - fehlende Flexibilität - Versorgungsprobleme - Staatsverschuldung
<b>POLITISCHES SYSTEM</b>	Demokratie	Diktatur



**Staat regelt nichts** (aber er garantiert die Freiheit des Marktes)



**Staat regelt alles**

# Theoretische Grundlegung der Sozialen Marktwirtschaft:

## Die Freiburger Schule (Ordoliberalismus)

### ■ Allgemeine Angaben

- Hauptvertreter: **Walter Eucken** (1893-1950)
- Zeitschrift „*Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*“ (1948 gegründet) → Begriff „**Ordoliberalismus**“
- auch also „**Neoliberalismus**“ bezeichnet (jedoch im anderen Sinne als heute gebraucht – seit ca. 1980 eher für Marktradikalismus verwendet)
- Erfahrungen des ungehinderten Kapitalismus der 19. Jh. (Laissez-faire) sowie Nationalsozialismus und Bolschewismus als Hintergrund

### ■ Ordnungsprinzipien der Wirtschaft (nach Walter Eucken)

- **Schaffung funktionsfähiger Märkte**
    - Gewährleistung von Grundfreiheiten (Gewerbefreiheit, Konsumfreiheit, Berufsfreiheit, Freizügigkeit, Koalitionsfreiheit)
    - Preisregelung nach Angebot und Nachfrage
      - offene Märkte (freier Zugang, Freihandel)
      - Einschränkung bzw. Kontrolle von Monopolen
      - Vertragsfreiheit
  - Politik der **Preisstabilität** durch Geldpolitik einer unabhängigen Zentralbank
  - **Privateigentum** und volle **Haftung** für getroffene Fehlentscheidungen
  - **kontinuierliche und berechenbare Wirtschaftspolitik**
    - dabei Vorrang der Ordnungspolitik (Gestaltung der Rahmenbedingungen)
    - Verzicht auf direkte Eingriffe des Staates in Wirtschaftsabläufe
  - **Sozialpolitik**
    - gewisse steuerliche Beeinflussung der **Einkommenspolitik** (z. B. Steuerprogression bei der Einkommensteuer)
    - begrenzte **betriebliche Mitwirkung** der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen
    - immer jedoch Erfordernis der **Marktkonformität**
- 

### ■ weitere Vertreter der Freiburger Schule

- **Wilhelm Röpke** (1891-1966)
  - Gefährdung durch Wertverlust und Vermassung → Entstehung von Diktaturen
  - Gegenmaßnahmen. Föderalismus, liberales Wirtschaftssystem
- **Alexander Rüstow** (1885-1963)
  - Neoliberalismus als dritter Weg zwischen Planwirtschaft und „entartetem“ Kapitalismus
- **Franz Böhm** (1895-1977)
  - Ablehnung der Zentralverwaltungswirtschaft als automatisch zur Diktatur führend
  - Marktwirtschaft als prinzipiell selbstregulierendes System – jedoch mit Gefahren, die seitens des Staates zu regulieren seien

# Die Soziale Marktwirtschaft

## ■ Theoretische Grundlagen

- Ordoliberalismus der Freiburger Schule
- Christliche Soziallehre

**Christliche Soziallehre:** theoretische Grundlage des Sozialstaates

Menschenbild: Mensch als Ursprung, Träger und Ziel des gesellschaftlichen Lebens

nicht: autonomes Individuum (Liberalismus)

Teil eines Kollektivs (Marxismus)

Ziel: soziale Gerechtigkeit führt zur Verwirklichung des Gemeinwohls

Prinzipien: Solidarität, Subsidiarität (= Vorrang von Eigeninitiative vor Fremdhilfe)

## ■ Schöpfer

- Alfred Müller-Armack (1901-1978)
- Ludwig Erhard (1897-1977)

**Ludwig Erhard** (CDU)

1949-1963 Wirtschaftsminister (Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft, Vater des Wirtschaftswunders)

1963-1966 Bundeskanzler

## ■ Ziele / Prinzipien

### • Wettbewerb

- Verhinderung von Monopolen und Oligopolen durch staatliche Aufsicht
- Privateigentum
- wirtschaftliche Freiheitsrechte (Konsumfreiheit, Produktionsfreiheit ...)
- Preisbildung durch Angebot und Nachfrage

### • Marktkonformität

- kein Eingriff des Staates in die Preisbildung aus Angebot und Nachfrage (z. B. Mietunterstützung für Bedürftige oder sozialer Wohnungsbau [vgl. Sozialprinzip] statt Mietpreisbegrenzung)

### • Sozialprinzip: Verbesserung der Lebensumstände

- Umleitung von Einkommensströmen
- Ermöglichung sozialer Leistungen (z. B. Kindergeld, Sozialsubventionen)
- Sozialversicherung
- aktive Konjunktur- und Strukturförderung

**Vergleich** zwischen Ordoliberalismus und Sozialer Marktwirtschaft:

zwar **grundsätzliche Übereinstimmung** bei der Erfordernis staatlicher Maßnahmen, jedoch **Unterschiede hinsichtlich dem Ausmaß dieser staatlichen Maßnahmen**: bei der Sozialen Marktwirtschaft mehr Eingriffe nicht nur ordnungspolitischen, sondern auch prozessualen Charakters (z. B. aktive Konjunkturförderung, staatliche Fürsorge)

\* **Ergebnis:** Soziale Marktwirtschaft als **stark sozial abgefедerte Marktwirtschaft**, nicht aber als „dritter Weg“ zwischen Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft, da die **marktwirtschaftliche Ausrichtung dominiert**

## ■ Grundgesetz und Soziale Marktwirtschaft

- zwar **keine ausdrückliche Festlegung einer Wirtschaftsordnung** im Grundgesetz
- jedoch vielfältige **Hinweise auf Grundlagen einer Sozialen Marktwirtschaft**
  - Art. 2: freie Entfaltung
  - Art. 12: Berufsfreiheit
  - Art. 14,1: Privateigentum
  - Art. 20: sozialer Bundesstaat
  - Art. 28: sozialer Rechtsstaat
  - Art. 14,2: Sozialbindung des Eigentums (= am Gemeinwohl orientierte Nutzung von Eigentum)
  - Art. 14,3: Enteignung
  - Art. 15: Sozialisierung, Vergesellschaftung

# Wirtschaftspolitik in Deutschland

## ■ Problematik

- zwar **Dynamik ständiger Veränderungen** (Schumpeter: „Prozess der schöpferischen Zerstörung“) in der Marktwirtschaft
- jedoch **Streben nach wirtschaftlicher Stabilität** (Hintergrund: Rückgang von Produktion und Beschäftigung in den 1960er Jahren)

## ■ Das magische Sechseck: wirtschaftspolitische Ziele

ursprünglich „magisches Viereck“ (Stabilitätsgesetz 1967)

Basis: **gesellschaftliche Grundwerte** (Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit)

- **hoher Beschäftigungsstand:** möglichst Vollbeschäftigung zur Verhinderung sozialer Härten und zur Minimierung von Staatsausgaben
- **Preisniveaustabilität:** Verhinderung von Deflation, maximal moderate Inflation (bis ca. 2%)
- **stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum:** Abfederung konjunktureller Schwankungen und Beschäftigungssicherung durch Wachstum
- **außenwirtschaftliches Gleichgewicht:** Verschuldungsvermeidung, Inflationsverhinderung, Verhinderung des Ressourcenabflusses ins Ausland
- **Umweltschutz**
- **gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung:** Erhalt gesellschaftlicher Solidarität, Verhinderung von (gewalttätigen) Verteilungskämpfen.

„magisch“: gleichzeitiges Erreichen aller Ziele ist unmöglich  
↓

**Zielbeziehungen:**

- Zielkomplementarität (z. B. Wirtschaftswachstum und hoher Beschäftigungsstand)
- Zielneutralität
- Zielkonflikt (z. B. Wirtschaftswachstum ↔ Umweltschutz, hoher Beschäftigungsstand ↔ Preisstabilität)

## ■ Problem der Verteilungsgerechtigkeit

	Wirtschaftsordnung		
	Zentralverwaltungswirtschaft	Freie Marktwirtschaft	Soziale Marktwirtschaft
<b>Leistungsprinzip</b> (Verteilung nach Leistung)	nicht/kaum vorhanden	dominant	deutlich ausgeprägt
<b>Egalitätsprinzip</b> (gleiche Verteilung)	deutlich ausgeprägt	nicht/kaum vorhanden	erkennbar vorhanden (Gleichheit etwa bei bestimmten Sozialleistungen: gesetzliche Krankenversicherung; Arbeitslosengeld II)
<b>Bedarfsprinzip</b> (Verteilung nach Bedürfnis)	deutlich ausgeprägt	nicht/kaum ausgeprägt	erkennbar vorhanden (Sicherung des Grundbedarfs Aller)

## Wirtschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeiten

- **Ordnungspolitik:** Festlegung von Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln (langfristig)
- **Strukturpolitik:** Gestaltung des Strukturwandels (mittelfristig)
- **Konjunkturpolitik:** Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (kurzfristig)